



HEILEN & HELFEN

Bündnis der Heilberufe in Hessen

Landesärztekammer Hessen • Landes Zahnärztekammer Hessen
• Kassenzahnärztliche Vereinigung Hessen • Landesapothekerkammer Hessen •
Psychotherapeutenkammer Hessen • Landestierärztekammer Hessen

Gemeinsame Pressemitteilung

Medizinische Versorgung in Not

Medizin trifft Politik – Bündnis Heilen & Helfen diskutiert mit Politik über die medizinische Versorgung in Hessen

Wiesbaden, 25.05 2023 – Vor der anstehenden Landtagswahl in Hessen im Oktober hat das Bündnis Heilen und Helfen die Fraktionen im Landtag dazu eingeladen, zu zentralen Themen der Heilberufe Stellung zu nehmen. Dabei stand die Sicherstellung der medizinischen Versorgung im Mittelpunkt. Ein dringendes Thema mit vielen Herausforderungen – denn jede und jeder ist irgendwo Patientin bzw. Patient. Politikerinnen und Politiker aller im Landtag vertretenen Parteien standen den Repräsentantinnen und Repräsentanten der Heilberufskörperschaften Rede und Antwort und zeigten sich offen für die Anliegen.

Journalist und Publizist Dr. Winfried Kösters moderierte die Diskussionsrunde. Jede der Heilkörperschaften schilderte wichtige Themen, die jedoch alle auf die Herausforderungen der aktuellen und zukünftigen Versorgung der Patientinnen und Patienten abzielten. Für die Landes Zahnärztekammer griff Präsidentin Dr. Doris Seiz diese Problematik auf und stellte in Frage, ob seitens der Politik als ein möglicher Lösungsweg eine Erweiterung der Landarztquote auch auf das Zahnmedizinstudium vorgesehen sei. Während CDU, SPD und Grüne dieser Möglichkeit grundsätzlich zustimmend gegenüberstehen und die AfD nichts ausschließen will, stößt die Quote bei FDP und DIE LINKE auf Ablehnung.

Die Präsidentin der Landesapothekerkammer Hessen, Ursula Funke, problematisierte die Honorierung der Apotheken. Diese sei von der allgemeinen Preisentwicklung und der hohen Inflation seit 2004 gänzlich abgekoppelt, was viele Apotheken wirtschaftlich extrem stark belastet. Dies sei auch einer der Hauptgründe für den dramatischen Rückgang der Apothekenzahlen gerade auch im ländlichen Raum. Es stelle sich daher die Frage, was die Politik tue, damit nicht noch mehr Apotheken schließen müssten. Die Landtagsabgeordneten waren sich einig, dass der Apotheke vor Ort eine wichtige Versorgungsfunktion zukomme. Die FDP stellte zudem heraus, dass die Bekämpfung der Inflation eine staatliche Aufgabe sei. Grüne und AfD plädierten für Lösungsvorschläge aus dem Berufsstand, während SPD und DIE LINKE staatliche Strukturmaßnahmen im ländlichen Raum anmahnten. Der CDU-Vertreter sprach sich für eine Stärkung der Vor-Ort-Apotheken beispielsweise durch eine Einschränkung des Versandhandels aus.

Die dringend erforderliche Gestaltung einer effektiven Notallversorgung im Rahmen der Krankenhausreform sprach Dr. Edgar Pinkowski, Präsident der Landesärztekammer Hessen an. Seine Idee, anstelle der realitätsfernen und kostenintensiven bundespolitischen Vorhaben in ganz Hessen das erfolgreiche

hessische SaN-Projekt (SaN = Sektorenübergreifende ambulante Notfallversorgung) einzuführen, stieß bei den gesundheitspolitischen Sprecherinnen und Sprechern aller Parteien auf Zustimmung. Auch Pinkowskis Frage, ob sie sich nach den Wahlen für die Einrichtung eines Lehrstuhls für Palliativmedizin in Hessen einsetzen würden, wurde mit Ja beantwortet.

Dr. Heike Winter, Präsidentin der Psychotherapeutenkammer Hessen, thematisierte den mangelhaften Zugang zur psychotherapeutischen Versorgung in Alten- und Pflegeheimen. Dabei leiden rund 50 Prozent der Menschen über 70 Jahren an psychischen Problemen. Insbesondere in Heimunterbringung werden diese allerdings fast ausschließlich mit Psychopharmaka behandelt. Die Politiker*innen unterstützten das Thema mit Nachdruck. Verschiedene Vorschläge zur Realisierung wurden vorgetragen, wie beispielsweise eine Verpflichtung der GKV oder ein Konzept ähnlich den Heimärztinnen bzw. -ärzte.

Die Kassenzahnärztliche Vereinigung, vertreten durch die Vorstandsbeauftragte Carolina van der Bosch, sorgt sich um die zunehmende Vergewerblichung des Gesundheitswesens durch investorengetragene Medizinische Versorgungszentren (i-MVZ) und fordert, den Gründungsbereich solcher i-MVZ einzuschränken. CDU, Grüne, SPD und DIE LINKE sprachen sich für gesetzliche Regelungen der Gründung von MVZ durch Finanzinvestoren aus. Obwohl auch aus Sicht von FDP und AfD wirtschaftliche Vorgaben bei medizinischen Entscheidungen keine Rolle spielen dürfen, gehen beiden Parteien Verbote jedoch zu weit. Ein weiteres Anliegen der KZV Hessen betrifft die Volkskrankheit Parodontitis: Das zum 1. Januar 2023 in Kraft getretene GKV-Finanzstabilisierungsgesetz (GKV-FinStG) enthält Budgetregelungen, die die seit Mitte 2021 erweiterten Behandlungsmöglichkeiten dieser Erkrankung konterkarieren.

Auch Prof. Dr. Sabine Tacke, Präsidentin der Landestierärztekammer thematisierte die Begrenzung des Einflusses von Kapitalgesellschaften auf die medizinische Versorgung; weitere Anliegen sind die Sicherstellung der Notfallversorgung für landwirtschaftliche Nutztiere und Lösungen für den Fachkräftemangel in der Veterinärmedizin.

Ärzte-, Zahn- und Tierärztekammer fragten zudem nach mehr Studienplätzen im Bereich Medizin und nach einer Vergabep Praxis, die nicht allein die Abiturnote, sondern die persönliche Eignung berücksichtigt. Sowohl die Erhöhung der Anzahl der Studienplätze als auch die Umsetzung einer bereits rechtlich möglichen breiteren Vergabep Praxis fand fraktionsübergreifend Zustimmung.

Das **Bündnis "Heilen & Helfen"** wurde im Jahr 2007 von den hessischen Körperschaften der Heilberufe ins Leben gerufen, um den Anliegen der Heilberufe mehr Gehör in der Politik und Aufmerksamkeit im gesellschaftlichen Diskurs zu verschaffen. Es setzt sich aus verschiedenen Verbänden und Kammern zusammen: Landesärztekammer Hessen, Landeszahnärztekammer Hessen, Kassenzahnärztliche Vereinigung Hessen, Landesapothekerkammer Hessen, Psychotherapeutenkammer Hessen und Tierärztekammer Hessen. Informationen über das Bündnis Heilen & Helfen und seine Geschichte: www.heilberufehessen.de

Pressekontakt:

Stellvertretend für die beteiligten heilberuflichen Körperschaften

Katja Möhrle M.A., Pressestelle der Landesärztekammer Hessen

Tel. 069 97 67 2 – 188

Mail: katja.moehrle@laekh.de

Web: www.heilberufehessen.de